

Standpunkte

zur Wintersession 2016 der Eidgenössischen Räte

Zeitenwende?

Der Brexit-Entscheid und die Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten haben die Unsicherheiten über die künftige Entwicklung der Weltwirtschaft weiter und wohl für lange Zeit erhöht. Allein die Neuordnung der vertraglichen Beziehungen zwischen Grossbritannien und dem Rest der Welt wird Jahre benötigen. **Aus Sicht der Schweiz ist alles daran zu setzen, die Beziehungen zwischen der Schweiz und Grossbritannien durch neue Vertragswerke (ev. Freihandelsabkommen CH-UK) zu sichern.**

Der Austritt eines wirtschaftlich wichtigen Mitgliedlandes wie Grossbritannien wird die **EU früher oder später veranlassen, über die Zweckmässigkeit ihrer internen Grundstrukturen und Prinzipien nachzudenken.** Insbesondere sollte auch geklärt werden, ob der uneingeschränkte Personenverkehr tatsächlich für das Funktionieren eines Binnenmarktes grundlegend wichtig ist. **Auf einer solchen Grundlage könnte auch das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU neu diskutiert werden.**

Wirtschaftspolitische Marschrichtung

Im heutigen Umfeld grosser Unsicherheiten muss sich die schweizerische Wirtschaftspolitik auf mittel- bis langfristig wirkende Massnahmen zur generellen Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen und der kostenseitigen Entlastung der Forschungs- und Exportindustrie fokussieren. Dazu gehören die Umsetzung wichtiger Reformen (u.a. Umsetzung BV Art. 121a, USR III, Altersvorsorge 2020), der Verzicht auf kosten-trächtige Regulierungsvorhaben (u.a. Aktienrechtsreform, zusätzliche BVG-Aufsichtsregeln) und die Vereinfachung bestehender, kostenintensiver Regulierungen (u.a. VOC-Abgabe, elektronische Zollverfahren).

16.027 (NR/SR) Ausländergesetz. Steuerung der Zuwanderung

JA zu einer fristgerechten, europaverträglichen Umsetzung ohne übermässige Bürokratie. scienceindustries könnte sich eine Umsetzung von Art. 121a BV in Form einer Melde-

pflicht offener Stellen für Berufe mit hoher Arbeitslosigkeit vorstellen. Weitergehende, administrativ aufwändige Massnahmen sollten erst erwogen werden, sofern die hohe Zuwanderung ungebremst anhalten würde. Der freie Arbeitsmarkt in der Schweiz ist jedenfalls ein wichtiger Standortvorteil, der nicht ohne Not übermässig eingeschränkt werden darf.

16.3903/16.3904 (SR) Drittstaatenkontingente

JA zu Ip. 16.16.3903 und Po. 16.3904 für höhere Drittstaatenkontingente und deren bedarfsge-rechten Zuteilung nach Kantonen. Die Vorstösse sind sinnvoll, haben doch nachweislich nicht alle Kantone denselben Bedarf an Drittstaatenkontingenten und in einzelnen Kantonen sind diese im 2016 bereits ausgeschöpft. Wertschöpfungsintensive Industrien wie Chemie Pharma Biotech sind zwingend auf die weltweit besten Arbeitskräfte angewiesen, so auch aus Drittstaaten.

16.045 (NR/SR) Stabilisierungsprogramm 2017-2019

JA zur Stabilisierung, aber keine überproportionale Kürzung bei den BFI-Mitteln. Aus Sicht von scienceindustries ist das Stabilisierungsprogramm notwendig, setzt aber die Prioritäten teilweise falsch. Die geplante überproportionale Kürzung der Investitionen für Bildung, Forschung und Innovation ist weder gerechtfertigt noch zukunftsgerichtet.

14.088 (SR) Altersvorsorge 2020. Reform

JA zu einer ausgewogenen Rentenreform – aber nicht um jeden Preis! Angesichts der Alterung der Bevölkerung und der Entwicklung an den Finanzmärkten ist eine strukturelle Reform der Altersvorsorge unumgänglich. Ziel dieser Reform muss die Sicherung der Renten von AHV und BVG auf heutigem Niveau sein. Dazu braucht es ein ausgewogenes Konzept, das insbesondere auch der weltweiten Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft und dem Erhalt der Arbeitsplätze Rechnung trägt. Aus Sicht der Wirtschaft sind folgende Reformmassnahmen nötig:

- Referenzalter 65/65 in vier Schritten.
- Flexibilisierung Rentenbezug 62-70.

- Erhöhung MwSt zugunsten AHV um max. 0,6% (rechtlich gekoppelt mit mindestens 65/65).
- Mindestumwandlungssatz 6,0% mit hinreichender Kompensation innerhalb der beruflichen Vorsorge (ohne teuren AHV-Ausbau mit der Giesskanne und einer kaum kontrollierbaren Dynamik in der Lohnbeitragsentwicklung).
- Stabilisierungsregel für die AHV (schrittweise Anhebung Referenzalter um max. 24 Monate + moderate MwSt.-Anpassung um 0,4%).

15.430 (SR) Pa. Iv. Streichung von Vorrängen im grenzüberschreitenden Übertragungsnetz

JA zur vorgeschlagenen Anpassung. Damit werden Kunden in der Grundversorgung den Kunden im freien Strommarkt grundsätzlich gleich gestellt. Diese Vereinfachung erhöht die Versorgungssicherheit und ist eine notwendige Voraussetzung für bereits implementierte und für noch ausstehende Marktöffnungsschritte. Der administrative Aufwand wird ebenfalls reduziert.

16.3702 (SR) Ip. Rieder. Quecksilber-Bürokratie schadet Bodeneigentümer

JA zur Interpellation. Das Kataster für belastete Standorte sollte auf diejenigen Parzellen begrenzt werden, welche sanierungspflichtig sind. Falls eine Belastung keine Gefahr für Mensch und Umwelt darstellt und keine Massnahmen angezeigt sind, so ist ein entsprechender Katastereintrag nicht zielführend.

15.050 (SR) Für Ernährungssicherheit. Volksinitiative

NEIN zur Initiative und zum Gegenvorschlag. Eine ausreichende Versorgung mit inländischen Produkten ist wichtig und kann ohne eine moderne, produzierende Landwirtschaft nicht gewährleistet werden. Die bestehenden Verfassungsbestimmungen sowie die Massnahmen der Agrarpolitik 2014-17 bilden dazu eine solide Grundlage. Die Volksinitiative, deren Instrumenten und Folgen unklar sind, schafft unnötige Unsicherheiten. Sie schränkt die Landwirtschaft ebenso wie auch weitere Teile der exportorientierten Wirtschaft in ihrem Entwicklungspotenzial und Wettbewerbsfähigkeit ein. Der Gegenvorschlag ist abzulehnen, da er Zielsetzungen enthält, welche in der Bundesverfassung bereits festgehalten sind.

16.056 (NR) Gentechnikgesetz. Änderung

NEIN zu immer weiteren Verlängerungen des Gentech-Moratoriums. scienceindustries lehnt pauschale Technologieverbote ohne wissenschaftliche Grundlage grundsätzlich ab. Die vorgeschlagenen Regelungen zu GVO-Anbaugebieten sind innovationsfeindlich, da sie die Unterstützung eines GVO-Anbaus durch alle Landwirte eines Gebietes zwingend voraussetzen. Der Regelungsvorschlag täuscht die Wahlfreiheit der Landwirte nur vor. In der Praxis würde der Anbau von GVO-Nutzpflanzen in der Schweiz für lange Zeit unmöglich bleiben.

15.304 (SR) Kt.IV. GE. Stopp den Chlortransporten zum Schutz der Bevölkerung und zum Bau von Wohnungen

NEIN zur Standesinitiative. Eine Arbeitsgruppe des Bundes unter Leitung des BAFU, mit Vertretern des BAV, der SBB und scienceindustries, hat unter Einbezug der betroffenen Kantone Genf, Waadt, Wallis und Basel-Stadt die „Gemeinsame Erklärung II“ erarbeitet, welche im September 2016 unterzeichnet wurde. Diese enthält konkrete Massnahmen und einen Zeitplan zur Umsetzung, um den Transport von Chlor künftig noch sicherer zu machen. Neben der Reduktion der Geschwindigkeit von Zügen mit Chlorkesselwagen auf 40 km/h, sollen künftig sämtliche Transporte ausschliesslich mit den aktuell sichersten verfügbaren Kesselwagen durchgeführt werden. Bis Ende 2018 wird ferner eine gemeinsame Roadmap für Massnahmen in der Zeit bis 2025 erstellt, um eine weitere Senkung des Risikos zu erreichen. Der Weg zur signifikanten Senkung möglicher Risiken beim Transport von Chlor ist damit einvernehmlich festgelegt. Weiterreichende politische Massnahmen - wie Transportverbote - sind somit nicht erforderlich.

scienceindustries ist der Schweizer Wirtschaftsverband Chemie Pharma Biotech. Seine rund 250 Mitgliedfirmen erwirtschaften über 98% Ihrer Umsätze im Ausland und tragen als grösste Exportindustrie fast 42% zu den Gesamtexporten und über 47% an die privaten Forschungsaufwendungen der Schweiz bei.

Ihr Kontakt bei scienceindustries:

Dr. Beat Moser, Direktor

Tel. 044 368 17, beat.moser@scienceindustries.ch

Marcel Sennhauser, Leiter Kommunikation

Tel. 044 368 17 44

marcel.sennhauser@scienceindustries.ch